

**Rede**

Plenum, 11.12.2017

Dekretentwurf Integration und das Zusammenleben in Vielfalt

-Michael Balter-

*-Es gilt das gesprochene Wort-*

Meine Damen und Herren,

„When in Rome, do as the romans do.“

Wenn Du in Rom bist, benimm Dich wie die Römer.

Dieser kleine Satz, fasst sehr gut zusammen, wie Neuankömmlinge sich verhalten sollten.

Und es liegt an uns, ihnen zu zeigen wie Ostbelgier in Belgien leben, ihnen zu vermitteln wie unsere Bräuche und Kulturen sind, wie wir miteinander umgehen, was man hier unter Gesetz und Ordnung versteht, damit es ein Miteinander gibt und kein Nebeneinander.

Und so gibt es auch endlich in der DG ein Dekret zu diesem Thema.

Vorab es gab 30 Abänderungsvorschläge, fast alle von der Opposition, nur einige wenige wurden von der Mehrheit, manche auch noch in einer abgeänderten Form gutgeheißen, es gab also lebhaftere Diskussionen im Ausschuss.

Und wir waren uns nicht einig, und sind es nicht, und das bedauern wir.

Meine Damen und Herren,

Integration kann Zukunft bedeuten. Zukunft für die Menschen, die den Weg zu uns finden. Die Aussicht auf ein besseres Leben. Die Aussicht auf ein angenehmes Miteinander der Kulturen.

Doch so ganz scheint das mit der Integration in Belgien nicht zu klappen, weder in der Wallonie, in Flandern noch in Brüssel.

Die Behörden sind mit dem Ansturm überfordert, die Regierungen sowieso.

Das Konzept einer erfolgreichen Integration wurde im französischsprachigen Landesteil regelrecht verschlafen.

Nehmen wir das Beispiel der Hauptstadt. Das Viertel „Molenbeek“ dürfte wohl jedem ein Begriff sein. Es gilt als Paradebeispiel der gescheiterten Integrationspolitik. Die betroffenen Menschen haben mit Armut zu kämpfen, versuchen sich mit Kleinkriminalität über Wasser zu halten.

Ghettoisierung wird zum dauerhaften Problem. Allerdings beschränken sich die Schwierigkeiten nicht nur auf Molenbeek, viele andere Gegenden in Brüssel finden sich in der gleichen aussichtslosen Lage wieder.<sup>1</sup>

Auch die frankophonen Unterrichtsstätten in den Problemvierteln gelten als Schulen, in denen sich soziale Probleme ansammeln.

Dies führt bei den jungen Menschen zu deutlichen Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche.<sup>2</sup> In Brüssel aber auch in vielen wallonischen Städten herrschen überdurchschnittlich hohe Jugendarbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven und Diskriminierung.

Vor allem Ausländer maghrebinischer Herkunft sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Zahl fällt drei Mal höher aus als die Arbeitslosigkeit bei den sogenannten „belges de souche“, die bei ungefähr 11 Prozent liegt.<sup>3</sup>

Resignation und Wut machen sich bei den Migranten breit, was wiederum ein Nährboden für den Jihadismus darstellt. Verantwortung für die negative Entwicklung möchte aber niemand übernehmen.

Man darf sich also nicht wundern, wenn in Folge des Beschriebenen ein Gefühl der Angst und des Misstrauens bei den Bürgern aufkommt. Angst vor einer maßgeblichen Veränderung der Gesellschaft, Misstrauen gegenüber den Menschen, die anders sind.

---

<sup>1</sup> <https://www.nzz.ch/international/integrationsprobleme-in-bruessel-belgiens-verlorene-generation-ld.11117>

<sup>2</sup> idem

<sup>3</sup> idem

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Nach den Anschlägen am Brüsseler Flughafen und in der Metro sprach der NVA-Chef Bart de Wever von Versäumnissen bei der Integration muslimischer Jugendlicher. Man kann von der NVA denken was man will, aber damit hat er Recht.

Schon vor den Ereignissen hatte er den belgischen Staat als langsam, kompliziert und „Nicht effizient“ angeprangert.<sup>4</sup>  
Auch das stimmt.

Die Aussagen verdeutlichen, dass die bis dato angestrebte Integrationspolitik keine Früchte getragen hat.  
Vielmehr ist es zur Entstehung von Parallelgesellschaften gekommen, die die Gesetze bewusst missachten.

Aber nicht nur in den frankophonen Landesteilen sieht es mit der Integration recht dürrftig aus. Auch hier in der DG kommt nichts Vielversprechendes zu Stande. Zum einen gibt es erst seit kurzem die Absicht einem konkreten Integrationsparcours auszuarbeiten. Zum anderen wurde in der Regierungserklärung zur Beschäftigung zugegeben, dass 1/3 der Arbeitslosen in der DG einen Migrationshintergrund haben.  
Wie ist dies zu erklären?

Für die Vivant-Fraktion sind die unzureichenden Sprachkenntnisse ein folgenreicher Faktor.

Der Integrationsparcours bringt hier aber keine Lösung zu Papier.

Angestrebt wird nämlich nur das A2-Niveau in der deutschen Sprache.  
A2 Niveau bedeutet: Man kann vertraute, alltägliche Ausdrücke und ganz einfache Sätze verstehen und verwenden, die auf die Befriedigung konkreter Bedürfnisse zielen.  
Also viel zu unzureichend um sich für eine Stelle zu bewerben oder den meisten Arbeiten nachzugehen, oder um sich ganz einfach in die Gesellschaft zu integrieren.

---

<sup>4</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/bart-de-wever-versaeumnisse-bei-der-integration-muslimischer-jugendlicher-a-1084158.html>

Widersprüchlicher Weise stellt das Arbeitsamt der DG in seiner Bestandsaufnahme vom August 2017 klar, dass ein B1-Niveau Voraussetzung für eine Arbeitsstelle ist. Ein Denkfehler seitens der Regierung also?

Jedenfalls gibt sie dem Bürger nicht das Gefühl, sich tatsächlich für die Integration der Migranten einsetzen zu wollen. Vielmehr erscheint der Dekretentwurf halbherzig, unausgereift und mangelhaft.

Die Vivant-Fraktion spricht sich klar dafür aus, den Menschen in Not zu helfen und ihnen Perspektiven zu bieten. Jedoch muss dieses Verhältnis auf ein gegenseitiges Geben und Nehmen basieren, damit die Integration die erwünschten Ziele abwirft. Der Integrationsparcours ist eine vernünftige Initiative, es mangelt aber an striktem Durchgreifen.

Aus diesem Grund hat Vivant diverse Abänderungsvorschläge zum Dekretentwurf eingereicht.

Die erste Anregung beinhaltete die Idee wonach das Sprachniveau B1 anzustreben sei. Im Rahmen der Diskussionen sind wir den anderen Parteien dann entgegen gekommen, da keine Einigung in Sicht war, indem wir den alten Abänderungsvorschlag zurückgezogen haben und einen neuen eingereicht haben, diesmal B1 in der gesprochenen Sprache und A2 in der Schriftsprache forderten.

Man merkt, eine Einigung war unsere Priorität.

Interessanterweise war die Mehrheit unserem Vorschlag gegenüber nicht grundsätzlich abgeneigt, allerdings hielten sie das Geforderte für nicht umsetzbar, und lehnte den Vorschlag somit ab.

Doch wie ist es möglich, dass unsere Nachbarn dies anstreben und teilweise verwirklicht bekommen? In Deutschland müssen die Migranten nach dem Sprachkurs ein B1-Niveau der deutschen Sprache vorweisen und dies in der abschließenden Prüfung beweisen. Sollte der Migrant diesen nicht bestehen, hat er die Chance ein zweites Mal sein Glück zu versuchen.

Allerdings muss zuerst ein Antrag auf 300 weitere Unterrichtsstunden gestellt sowie Beweise vorgelegt werden, dass der Antragsteller ordnungsgemäß am Unterricht teilgenommen haben.<sup>5</sup>

Auch unser Abänderungsvorschlag bezüglich der Einführung eines Evaluierungstest wurde abgelehnt.

Eine Evaluierung nach Beenden der verschiedenen Kurse ist für uns aber unumgänglich. Die Resultate würden zum einen die während des Kurses erworbenen Kenntnisse des Migranten widerspiegeln und somit veranschaulichen, ob der Migrant fähig ist, das Erlernte erfolgreich im Alltag umzusetzen, und zum anderen die Effizienz der angebotenen Unterrichte aufzeigen.

Eigentlich vollkommen logisch, jeder Schüler wird mehrfach im Schuljahr geprüft.

In Flandern gehört diese Regelung unumstößlich zum sogenannten „inburgeringstraject“<sup>6</sup> dazu. Momentan sieht der Dekretentwurf der DG leider keine Sprachprüfung vor. Minister Antoniadis betonte, dass er einer ständigen Wiederholung des Testes bei einem „Nicht-Bestehen“ aus dem Weg gehen wolle. Somit ist nur die Anwesenheit des Migranten von Belang. Ob er aufmerksam dem Unterricht folgt, scheint dabei keinen zu interessieren.

Leider sind dies nicht die einzigen Schwachpunkte des Dokuments. Auch, die Tatsache, dass Migranten, die schon länger als drei Jahre bei uns leben, nicht zum Integrationsparcours verpflichtet werden, kann der Integration nicht förderlich sein. Denn nicht jeder, der seit mehr als drei Jahren in Belgien wohnt, weist zwangsläufig auch ein B1-Sprachniveau bzw. ein A2-Niveau in der Schriftsprache auf. Auch hierzu hatten wir einen Abänderungsvorschlag eingereicht, welcher ebenfalls abgelehnt wurde, wobei man auch hier grundsätzlich unserer Meinung war.

---

<sup>5</sup> <http://www.bamf.de/DE/Willkommen/DeutschLernen/Integrationskurse/InhaltAblauf/inhaltablauf-node.html>

<sup>6</sup> <https://www.vlaanderen.be/nl/gemeenten-en-provincies/dienstverlening-van-gemeenten-en-provincies/begeleiding-van-inburgeraars-het-inburgeringstraject>

Fraktion im PDG V.o.G.

Denn es ist ja unlogisch warum jemand verpflichtet wird der 3 Jahre hier ist, nicht aber jemand der schon vier Jahren ansässig ist.

Ja, wo macht man da die Grenze – stimmt, aber man hätte zumindest diejenigen verpflichten müssen welche 4 oder 5 Jahre hier sind und nicht nachweisen können dass sie unsere Sprache korrekt sprechen.

Übrigens, 3 Jahre steht im Dekret weil man dies einfach von dem wallonischen Dekret übernommen hat, so zumindest die Aussage im Ausschuss. Also hat es keinerlei eigene Überlegungen dazu gegeben.

Wie Sie nun sicherlich festgestellt haben dürften, enthält der Entwurf bei genauerer Betrachtung einige Schwachstellen. Es fehlt an Konsequenz.

Deshalb möchte ich nochmal konkret auf das Beispiel Flandern in Sachen Integration eingehen.

Der Teilstaat verfügt seit 2004 über einen Integrationsparcours und konnte somit einiges an Erfahrung sammeln (zum Vergleich: In der Wallonie wurde dieser erst 10 Jahre später, 2014 eingeführt)<sup>7</sup>

Aus diesem Grund wäre es nur logisch, sich Ideen aus Flandern zu holen.

Nicht nur setzt Flandern nach den Kursen bezüglich Gesellschaftsfragen und nach dem Sprachkurs einen Test an. Auch gibt es ganz konkrete Integrationserfolge in Flandern.

Nehmen wir das Beispiel der einstigen „niedergehenden Stadt“ Mechelen.

Verdreckte Straßen, viel Kleinkriminalität, Gettoisierung, keine Perspektiven oder Zukunftschancen. Bart Somers als Bürgermeister hatte die Situation drastisch verändert. Mechelen ist fast zu einem Vorzeigemodell in Sachen Integration geworden, trotz 138 verschiedenen Nationen, die die Stadt bewohnen.<sup>8</sup>

Es herrscht ein multikulturelles Zusammenleben. Wie hat er dies angestellt?

---

<sup>7</sup> <http://www.vivreenbelgique.be/sejour-en-belgique/accueil-et-integration-des-primos-arrivants>

<sup>8</sup> <https://brf.be/national/1061247/>

Zum einen mit Sicherheit. Viel Geld wurde der Polizei zur Verfügung gestellt, Kameras wurden installiert, strikte Ordnung durchgesetzt.

Somers ist konsequent gegen Dealer und andere Kleinkriminelle vorgegangen. Zum anderen mit der Bekämpfung von Ghettoisierung.<sup>9</sup>

Es wurde zudem ganz besonders darauf geachtet, dass die Kinder von Migranten dieselben Schulen besuchen wie alle anderen auch, und somit gar nicht erst eine Ausgrenzung entstehen kann.<sup>10</sup>

Er setzt bei den jungen Leuten an und tritt konkret dafür ein, diese am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen.

Das Beispiel von Mechelen zeigt: Integration kann funktionieren. Wenn es richtig angepackt wird.

Der Integrationsparcours ist aus unserer Sicht erst der Beginn, der erste Schritt in Richtung vollständige Integration.

Viele der Haltungen des Herrn Minister Antoniadis sind in unseren Augen einfach nicht weitsichtig genug. Wenn man nun an dem A2-Niveau festhalten will, müsste das Konzept der Sprachkurse grundlegend überdacht werden.

Schließlich sollen die Migranten anschließend dazu fähig sein, eigenständig bei uns leben zu können.

Die Problematik der Integration wird nicht von heute auf morgen verschwinden. Und genau deshalb müssen wir voraussehend handeln.

Die Eingliederung der Migranten ist eine große Aufgabe.

Und hier reicht es nicht, halbherzig, unausgereift und mangelhaft vorzugehen.

Wir plädieren dafür das, das was Minister Antoniadis selbst vorgibt:

Fördern und Fordern, Geben und Nehmen – nicht nur leere Worte sind, sondern dem Taten folgen – leider geht der Dekretvorschlag in eine andere Richtung.

---

<sup>9</sup> idem

<sup>10</sup> <https://kurier.at/politik/ausland/die-perle-flanderns-glaenzt-wieder/261.455.208>

Wie so oft, bei dieser Regierung - viel Schau und wenig Inhalt.

Die Vivant Fraktion bedauert es diesem Dekretvorschlag nicht zustimmen zu können.

Er ist unreif, halbherzig, ohne Tiefe und es fehlt ihm an Konsequenz.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.